

Stand: 27.04.2025 14:15:32

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/5032

"Bürokratie abbauen, Ausländerbehörden entlasten II: Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit bei Antrag auf Beschäftigungsverhältnis streichen"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/5032 vom 19.02.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/6174 des VF vom 20.03.2025



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl, Florian Siekmann** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Bürokratie abbauen, Ausländerbehörden entlasten II:  
Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit bei Antrag auf Beschäftigungsverhältnis streichen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen der Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses von Personen aus Drittstaaten grundsätzlich entfällt.

### **Begründung:**

Nach dem jetzigen Status quo muss im Rahmen der Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses von Personen aus Drittstaaten in den meisten Fällen die Bundesagentur für Arbeit (BA) von den Ausländerbehörden beteiligt werden. Hierzu muss eine Erklärung zum Beschäftigungsverhältnis bei der BA eingereicht werden, die die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben, z. B. Urlaubsansprüche und Bezahlung nach Mindestlohn, bestätigt. Dieser Vorgang stellt für alle Beteiligten einen erhöhten bürokratischen Aufwand dar: Die Erklärung zum Beschäftigungsverhältnis muss gemeinsam von den Antragstellenden und den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern ausgefüllt und danach im Rahmen der Anfrage an die BA von den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern der Ausländerbehörden händisch abgetippt und in die Maske des Ausländerzentralregisters (AZR) eingetragen werden. Es ist fraglich, ob es tatsächlich eine solche Bürokratie braucht, nur um nochmals explizit zu bestätigen, dass bestehende gesetzliche Vorgaben eingehalten werden. Stattdessen sollte Unternehmen ein grundsätzliches Vertrauen entgegengebracht und die Überprüfung von Beschäftigungsverhältnissen durch die BA auf Stichproben reduziert werden. Die Staatsregierung soll sich entsprechend für eine Änderung der derzeitigen Regelungen einsetzen.

Sollten diese Bemühungen scheitern, soll sich die Staatsregierung dafür einsetzen, dass der Standard XAusländer um eine Komponente erweitert wird, die eine automatisierte, medienbruchfreie Datenübermittlung der Erklärung zum Beschäftigungsverhältnis zwischen Ausländerbehörde und BA ermöglicht. Die Erklärung zum Beschäftigungsverhältnis, die aktuell der Anfrage an die BA zusätzlich als PDF-Datei angehängt wird, könnte mit einer entsprechenden Schnittstelle in XAusländer automatisiert ins AZR eingepflegt und von der BA abgerufen werden. Die Ausländerbehörden würden hierdurch enorm entlastet.

Der Standard XAusländer ist ein Datenaustauschformat zum elektronischen Austausch von Daten zwischen den Behörden in der Ausländerverwaltung in Deutschland. XAusländer wird seit November 2011 in den Behörden angewandt. Genutzt wird er z. B. in

der Kommunikation der Ausländerbehörden untereinander, zwischen Ausländerbehörden und Meldebehörden und zwischen den Behörden im Austausch mit dem Ausländerzentralregister. Um welche Themengebiete und Schnittstellen der Standard XAusländer erweitert wird, legt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern von Bund, Ländern und Kommunen und der Koordinierungsstelle für IT-Standards fest.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,  
Ludwig Hartmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
Drs. 19/5032

**Bürokratie abbauen, Ausländerbehörden entlasten II: Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit bei Antrag auf Beschäftigungsverhältnis streichen**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatter: **Johannes Becher**  
Mitberichterstatter: **Peter Wachler**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 22. Sitzung am 20. März 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Ablehnung
  - FREIE WÄHLER: Ablehnung
  - AfD: Ablehnung
  - B90/GRÜ: Zustimmung
  - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.

**Petra Guttenberger**  
Vorsitzende